

Erneut am 07.03.2016 (nach dem Kontakt beim Bürgerempfang in 2015 und Ihrem Schreiben vom 8. Juni) Worte wegen



auch weil Sie,
sehr geehrte Ministerpräsidentin Malu Dreyer,
schrieben: „die Entwicklung neuer Wohnformen sei Ihnen ein persönliches Anliegen“. Beim Seniorenkongress eröffnete ich den Zustimmungsbeifall als Sie dort von deren Förderung sprachen – auch für Wohnprojekte für Menschen vor Unterstützungsbedarf.

Gemeinschaftlich Wohnen Neuwied e.V. steht als Wohnprojektinitiative („von unten“ und zur Miete) seit seiner Gründung auch für die ausgewogene soziale Durchmischung. Wir wollen im Wohnprojekt 1/3 der Wohnungen für Menschen mit WBS - bei mindestens 18 WE.

Nun änderten sich die Förderbedingungen im Land so, dass eine geförderte die Wohnung, zur gemeinschaftlichen Nutzung für die Hausgemeinschaft, nur möglich ist, wenn 50% der Wirtschaftseinheit im sozialen Wohnungsbau errichtet wird.
Als Vorsitzende von gewoNR e.V. nehme ich die Auswirkungen von Landespolitik ohnmächtig und ganz persönlich wahr. Denn... nur der Investor kann sich um die mögliche Abweichungen von der Verwaltungsvorschrift beim Finanzministerium kümmern.
Für die Realisierung eines Wohnprojektes für Gemeinschaftliches Wohnen aber ist dies existenziell!

Nach den Erschwernissen vor Ort (wir sind seit 2008 am Thema dran und erst seit dem Tag Ihres Bürgerempfangs 2015 gibt es einen möglicherweise zielführenden Dialog mit unserer Gemeindlichen Siedlungsgesellschaft mbH) kommt nun Erschwernis vom Land.
Denn wenn wir, wie Herr Beck aus dem MASGD riet, die 50% WBS Förderung durch das hinzunehmen der mittleren Förderung erfüllen, muss gewoNR e.V. auch zukünftig Mieter/Vereinsmitglieder finden die zu aller erst zur geförderten Wohnung und dann auch zur Vision vom Gemeinschaftlichen Wohnen passen – schwierig für ein Wohnprojekt in dieser Größe und der nachhaltigen Verantwortung eines Vereins gegenüber dem Investor. (In Mainz, wo die Wohnbau 98 Wohnungen im Quartier so gefördert baut und vermietet, wirkt sich dies anders aus)

Im Besonderen wg. der anstehenden Landtagswahl habe ich Einige in Verantwortung Tätige in Mainz und Neuwied über unsere Situation informiert – ohne zur Lösung beitragen zu können.

Nun träume ich:

Sie bringen am Mittwoch aus dem Finanzministerium die Zusage mit, dass gewoNR e.V. - auch wenn nur unser Anspruch (1/3) an geförderte Wohnungen zu realisieren ist - eine geförderte Wohnung zur Nutzung für die Hausgemeinschaft erhalten kann.

Diese Zeilen waren für mich jetzt notwendig – wenn auch sicher unüblich.
Sie passen zu meinem Satz „Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Engagement“

Mit guten Wünschen verbleibt aus Neuwied

Hildegard Luttenberger

Am 10.03.2016 um 10:18 schrieb Huber-Balbach, Hans-Georg:

Sehr geehrte Frau Luttenberger,

Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer hat ihr Schreiben zum Projekt Gemeinschaftliches Wohnen Neuwied und die Grüße zum Frauentag erhalten. Sie dankt Ihnen dafür.

Sie hat das Bürgerbüro der Landesregierung beauftragt, Nachforschungen zum Projekt Gemeinschaftliches Wohnen Neuwied anzustellen. Dies habe ich heute in Angriff genommen. Ich werde Ihnen berichten, sobald es mir möglich ist. Bitte haben Sie bis dahin etwas Geduld.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag--

H.-Georg Huber-Balbach

Bürgerbüro der Landesregierung

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz

Peter-Altmeier-Allee 1

55116 Mainz

Tel.: 06131 164761

Fax: 06131165744

Danke für Ihre Antwort Herr Huber-Balbach!

Wg. Ihrer Nachforschungen: ich glaube fast sagen zu müssen, es macht keinen Sinn!
Die festgelegten Rahmenbedingungen sind bekannt.

Durch mich bei der Ministerin für Soziales für die Neuwied Situation - ich leite deren Antwort von gestern gleich an Sie weiter - als auch beim Finanzministerium durch die Festlegung der Zahlen.
Durch meine Recherche weiß der Bauträger, dass er dort die Abweichung beantragen kann
- die ISB informierte ihn darüber wohl nicht.

Meine persönliche Not wg. des Wohnprojektes, für das ich mich seit 2008 engagiere - seit 2011 als Vorsitzende von gewoNR e.V., beruht glaube ich vor Allem auch auf der Unsicherheit wie sehr meine Stadt/die GSG mbH wirklich Neues Wohnen - und dadurch auch unser Wohnprojekt - will.

Keine Ahnung, ob nicht direkt Beteiligte dies nachvollziehen können,
aber noch nie war ich von Landespolitik so persönlich betroffen.

Mit freundlichem Gruß
Hildegard Luttenberger

hier nochmal was ich am 16. April 2015 schrieb

Man liest von Ihnen,

sehr geehrte Ministerpräsidentin Malu Dreyer:

„Es ist für mich ein zentrales Anliegen, dass jede und jeder, der in Rheinland-Pfalz alt wird, selbstbestimmt leben kann, gut versorgt ist und nicht allein gelassen wird.“

In der Broschüre WOHNEN WIE ICH WILL schreibt Alexander Schweitzer im Grusswort: **„Es ist ein wichtiges Anliegen der Landesregierung, dass die Menschen in RLP selbst entscheiden können, wie sie wohnen und leben wollen“.**

Und....wir stimmen Sabine Bätzing-Lichtenhäger zu, wenn sie wie folgt zitiert wird:

"Letztendlich möchte die Mehrheit in vertrauter Umgebung alt werden."

Die Mitglieder von Gemeinschaftlich Wohnen Neuwied e.V. wünschen sich "als vertraute Umgebung" das Wohnprojekt – wie auch die Bewohner von VIS-a- Vis, bei deren Einweihungsfest Sie anwesend waren. Uns unterscheidet der satzungsgemäße Anspruch nach einer Mischung von geförderten und frei vermietbaren Wohnungen – mindestens 18 Wohneinheiten, aber gerne auch 33 wie dort. Allerdings bezweifeln wir, leider bestärkt durch die Aussagen Ihres Mannes, dass private Investoren in der Wohnraumförderung des Landes Anreize finden, sich mit uns auf den Weg zum Mieterwohnprojekt zu machen.

Da unsere Gemeindliche Siedlungs-Gesellschaft Neuwied mbH, mit Ihrem Aufsichtsratsvorsitzenden Herrn Oberbürgermeister Roth, nicht wirklich mit uns im Dialog ist, befürchten die gewoNR-Mitglieder, dass wir in absehbarer Zeit in Neuwied nicht so wohnen können wie wir leben wollen und uns das „gut versorgt und nicht allein gelassen“ verwehrt wird.

Wir erleben in unserer Stadt „NEUWIED BAUT ZUKUNFT“ als Slogan, vermissen aber - im Besonderen wenn es um Neues Wohnen geht - das „Zukunft gestalten“

Heute überreiche ich, um auf unsere Situation hinzuweisen, mal wieder Nusshäuschen - erstmals Ihnen! Häufig schon halfen sie zum Einstieg ins Gespräch. Wie beim RLP-Tag in Ingelheim im Zelt vom Sozialministerium oder dem Ehrenamtstag in Koblenz. Nusshäuschen backen können wir ohne Hilfe! Bei der Investorensuche für das gewünschte gewoNR-Wohnprojekt allerdings scheitern wir vor allem an „bezahlbarem Wohnraum zu Miete“. Schwer hinzunehmen, wenn man gleichzeitig weiß, in Neuwied beschäftigt sich die GSG mit der Fläche „Zeppelinhof“ und etwa 80 Wohneinheiten.

Weil Rheinland-Pfalz „lebendige Wohnprojekte braucht“, wie unsere Sozialministerin beim VIS-a-Vis Besuch im Januar 2015 gesagt haben soll, bitte ich Sie heute - zusammen mit ihr - um Unterstützung für ein Wohnprojekt für Gemeinschaftliches Wohnen in und für unsere Stadt!

Als zukünftige Wohnergemeinschaft haben wir viel geschafft - auch mit Hilfe von Frau Herger in der Landesberatungsstelle. Konkret allerdings sind nicht weiter als nach unserer ersten Begegnung sowie einem Schriftwechsel nach „Gut leben im Alter“ am 25. 09. 2012 in Andernach. Damals waren Sie „nur“ Sozialministerin - nun ist unsere früher Bundestagsabgeordnete in diesem Amt.

gewoNR e.V. bleibt im Moment nur zu hoffen, dass Sie Beide die politisch Verantwortlichen in unserer Stadt dazu bewegen können, den „Worten für Rheinland-Pfalz“ in Neuwied Taten* folgen zu lassen: Dialog und Absichtserklärung (evt. auch erst für „Schloßpark“) oder Dialog und Absage!

Am 16. April 2015 vormittags* erscheint alles besser auszuhalten als der momentane Zustand

Hildegard Luttenberger

* es folgte ne Tat – wir wurden durch einen Anruf eingeladen zum Gespräch am 23. April !

Der Grund: ein erneuter Versuch der Kontaktaufnahme aus Anlass des Modellprogramm zu Gemeinschaftlich Wohnen.... „vom Bund“

Was danach war:

das Gespräch am 23. 04. mündete in einer Absichtserklärung zur Realisierung eines Wohnprojektes zwischen gewoNR e.V. u GSG mbH!